Stellungnahme der Verwaltung zum Haushaltsantrag Nr. 1

Personalaufwendungen

Die in den Erläuterungen zum Stellenplan und zum Personaletat (Seite 505 des Haushaltsplanentwurfs) genannten Aufwendungen für die neu geschaffenen Stellen im Bereich Grundstücks- und Gebäudemanagement (GGM) sind die maximalen jährlichen Personalaufwendungen pro Stelle. Bei der Stelle „Amtsleitung GGM“ und „Sachgebietsleitung Infrastrukturelles GGM“ wurde zunächst mit einer Besetzung im Beamtenverhältnis kalkuliert, weil die Arbeitgeberaufwendungen gegenüber einer Besetzung im Beschäftigtenverhältnis höher sind und weil die Art und Weise der Besetzung der Stellen gemäß des vom Gemeinderat beschlossenen Konzepts (BU 006/2023, GR 19.01. und 02.02.2023) offen ist.

In den Personaletat 2024 beim Produkt 11.24.0100 (Seite 86 des Haushaltsplanentwurfs) konkret aufgenommen wurde für alle vier Stellen aber nur die Hälfte dieser maximalen jährlichen Personalaufwendungen, weil bei der Etatplanung bei allen vier Stellen von einer unterjährigen Besetzung (ab ca. 07/2024) ausgegangen wurde. Zusätzlich wurden die Aufwendungen genauso wie die Personalaufwendungen bei allen anderen Produkten anschließend pauschal um 2,5 Prozent gekürzt.

Zwischenzeitlich ist bekannt, dass die auf 1,0 VZK aufgestockte Stelle des Wirtschaftsförderers bereits zum 01.04.2024 besetzt wird. Die bisher vom Amtsleiter des Liegenschaftsamts bebuchten Stellenanteile in Höhe von 0,45 VZK für den Aufgabenbereich Wirtschaftsförderung werden ab diesem Datum für den neuen Wirtschaftsförderer gebraucht. Für den Amtsleiter des Liegenschaftsamts werden ab dem 01.04.2024 folglich die beim Produkt 11.24.0100 ausgewiesenen neuen Stellenanteile für die „Sachgebietsleitung kaufmännische GGM“ bebucht. Anstatt wie geplant für sechs Monate werden die Stellenanteile dort also für neun Monate bebucht, dies wird bei diesem Produkt zu Personalmehraufwendungen im Vergleich zur Planung in Höhe von rund 12.700 Euro führen.

Sofern die Stellen im Bereich GGM wie geplant ausgeschrieben werden, ist bei den Personalaufwendungen beim Produkt 11.24.0100 folglich kein Einsparpotential vorhanden.

Stellenbewertung und Eingruppierung

§ 12 TVÖD regelt die Eingruppierung von Beschäftigten wie folgt: „Die Eingruppierung der/des Beschäftigten richtet sich nach den Tätigkeitsmerkmalen der Anlage 1 - Entgeltordnung. Die/Der Beschäftigte erhält Entgelt nach der Entgeltgruppe, in der sie/er eingruppiert ist. Die/Der Beschäftigte ist in der Entgeltgruppe eingruppiert, deren Tätigkeitsmerkmalen die gesamte von ihr/ihm nicht nur vorübergehend auszuübende Tätigkeit entspricht.“

Die Bewertung von Stellen richtet sich also ausschließlich nach den auf der Stelle anfallenden objektiven Tätigkeiten, ein Ermessensspielraum des Arbeitgebers besteht bei der Bewertung nicht. Die Beschäftigten sind anschließend gemäß der Stellenbewertung einzugruppieren. Auch hier besteht kein Ermessensspielraum des Arbeitgebers – auch nicht aus finanziellen Erwägungen, es gilt der Grundsatz „Tarifautomatik bricht Haushaltsrecht“. In der weiteren logischen Rechtsfolge liegen sowohl die Bewertung von Stellen als auch die konkrete Eingruppierung von

Beschäftigten in der Organzuständigkeit des Oberbürgermeisters und nicht des Gemeinderats (vgl. § 24 Abs. 2 Gemeindeordnung).

Die Stelle der Amtsleitung des Grundstücks- und Gebäudemanagements soll in Kürze ausgeschrieben werden. In den vergangenen Monaten wurden die Stellenbeschreibung finalisiert und die Stellenbewertung durch das von der Stadt Weinstadt hierfür seit vielen Jahren beauftragte Unternehmen durchgeführt. Die Stelle wurde nach Entgeltgruppe 15 TVÖD beziehungsweise A 15 Landesbesoldungsgesetz bewertet. Die beiden Stellen der Sachgebietsleitung wurden noch nicht final beschrieben und folglich noch nicht bewertet.

Weinstadt, den 30.01.2024
Haupt- und Personalamt / Beck